



# MITTAGSPOST

08.11. Ausgabe 18/2019

## Fraktion

Es gibt auch schöne Tage in der Fraktion, insbesondere wenn Ergebnisse des Koalitionsausschusses Anlass zur Freude geben oder im Zuge der Woche Gesetze verabschiedet werden, auf die wir stolz sind. Am Dienstag galt beides. Der Koalitionsbeschluss zur **Grundrente** ist wirklich eine gute Nachricht: Frauen und Männer, die trotz eines langen Arbeitslebens nur wenig Rente beziehen, haben ab 2021 spürbar mehr in der Tasche. Wer 35 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, hat künftig Anspruch auf die Grundrente, wenn ansonsten die Rente zu niedrig wäre. Auch Jahre, in denen die eigenen Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt wurden, werden berücksichtigt. Es wird lediglich unbürokratisch das Einkommen geprüft, durch einen Datenaustausch zwischen Rentenversicherung und den Finanzbehörden. Auch wenn gegen Altersarmut noch viel zu tun ist, kommen wir damit sozialer Gerechtigkeit einen Schritt näher.

Beim unterschreiben der Weihnachts- und Solidaritätsgrüße an unsere Bundeswehrangehörigen im Auslandseinsatz.



## Bundestag

**Klimaschutz wird Gesetz!** Diese Woche wurden gleich mehrere Gesetze verabschiedet, denn wir wollen die Klimaschutzziele von Paris einhalten. Neben dem Herzstück, dem **Bundes-Klimaschutzgesetz** trägt auch die Einführung eines **Brennstoffemissionshandels**, bei dem klimaschädliche Aktivitäten moderat aber stetig teurer werden, dazu bei, die Ziele zu erreichen. Zudem wird es einige steuerliche Änderungen geben, u.a. das **Luftverkehrssteuergesetz**, durch das Fliegen teurer wird. Mehr Steuergerechtigkeit wird es durch den in dieser Woche abgeschafften **Soli** geben: Ab 2021 wird er für 90 % der bisherigen Zahlerinnen und Zahler abgeschafft. Nur die Einkommensstärksten zahlen weiter— wenn auch nur 3,5 % in voller Höhe, um einen Beitrag in die Investitionen der Zukunft zu leisten. Wir freuen uns! Um die Anzahl der Masernfälle langfristig zu reduzieren, haben wir das **Masernschutzgesetz** beschlossen. In diesem stärken wir verpflichtend die Impfprävention für Kinder und Personal in Kitas, Schulen und medizinischen Einrichtungen: Ab 2020 schützen wir die Bevölkerung vor einer der ansteckendsten Infektionskrankheiten. Die Koalition verschärft auch den Kampf gegen **Geldwäsche** und Steuervermeidung. Dazu haben abschließend beraten. Die Richtlinie werden es Kriminellen schwerer machen, Geld in Immobilien, Edelmetallen oder Kryptowährungen zu verstecken.

## Besuch in der Landesgruppe

Am Mittwoch fanden Ausschusssitzungen statt und die Plenarsitzung bis 19 Uhr—damit es am Donnerstag nicht wieder die ganze Nacht dauert. Zum Abschluss des Tages traf sich die Landesgruppe Niedersachsen/ Bremen mit unserem SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil zum angeregten Austausch u.a. über den anstehenden Bundesparteitag und die fortlau-



In der Landesgruppe: Lars Klingbeil (r.) mit Johann Saathoff

fende Umstrukturierung des Willy-Brandt-Hauses. Es sind spannende Zeiten!

Außerdem waren Studentinnen und Studenten von der Polizeiakademie Oldenburg zu Besuch—ein Termin, der mir als ehemaliger Polizistin besonderen Spaß gemacht hat. Wir haben über meine Aufgaben im Parlament gesprochen und über die aktuelle politische Lage.



## Agrarfrühstück

Zum agrarpolitischen Frühstück luden am Donnerstag der Bauernverband, die Agrarzeitung und Unternehmen der Agrarbranche. Die agrarpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen standen zur Halbzeit der Regierungskoalition Rede und Antwort. Abgehandelt wurden die großen Themenblöcke Tierschutz, EU-Agrarpolitik, Ackerbau, Ökolandbau und Wald. Für die SPD ergriff Rainer Spiering das Wort, der u.a. das Problem der hohen Konzentration von Tierbeständen ansprach, die auch in vielen Regionen Niedersachsens zu einem Gülleüberschuss führen und letztendlich zu einem hohen Nitrateintrag ins Grundwasser. Das Bundes-



Rainer Spiering (SPD) referiert im Kreise seiner Kollegen von den Grünen, FDP, CDU und LINKE

landwirtschaftsministerium (BMEL) kam bisher seiner Verpflichtung nicht ausreichend nach, die Düngeverordnung anzupassen, um für bessere Wasserqualität zu sorgen. In der zweiten Regierungshalbzeit ist eine deutliche Nachbesserung durch das BMEL bei der Verordnung notwendig, wenn es nicht zu hohen EU-Geldstrafen kommen soll. Wenn wir das grundsätzliche Problem angehen wollen, müssen wir die Tierhaltungssysteme verbessern und die Bestandsdichten sowie die Anzahl der Tiere in den belasteten Regionen reduzieren. Ein wichtiger Schritt dazu ist das verpflichtende Tierwohlabel, nicht nur für Schwein, wie bisher, sondern auch für Rind, Milch und Geflügel/Eier, aber Frau Klöckner blockiert bislang.